

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 M.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
 (Kirch-Dumdey)
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
 Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 56.

Berlin, Mittwoch, 14. Juli 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der Triumph des Junkertums. — Streits und Ausperrungen in Deutschland im Jahre 1908. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Anzeigen-Zeit.

Der Triumph des Junkertums.

Am Sonnabend hat die Tragikomödie der sogenannten Steuerreform ihr Ende gefunden. In 3. Lesung hat der deutsche Reichstag mit einer aus den Konservativen, dem Zentrum, den Polen und christlich-sozialen Antisemiten bestehenden Mehrheit die 500 Millionen Mark neuer Steuern bewilligt. In der reaktionären Mehrheit wurde zugegeben, daß man nicht mehr von einer „Finanzreform“ sprechen könne, wohl aber von einer Finanzordnung. Richtiger wäre es, diese Gesetzmacherei einen groben Unfug auf dem Gebiete der Steuerreform zu nennen. Unter den neuen Steuern, die von der Reichstagsmehrheit beschlossen worden sind, befindet sich auch nicht eine direkte Geldsteuer. Ueber 300 Millionen Mark sind auf den Massenkonsum gelegt und die übrigen Steuern sind nichts anderes als Steuern auf Handel, Gewerbe und Industrie, die zuguterletzt doch wieder von der breiten Volksmasse getragen werden müssen. Die Reichsregierung, die vorher in aller Feierlichkeit hatte erklären lassen, die Finanzreform ohne Mitwirkung der Liberalen nicht annehmen zu können, die ebenso bestimmt erklären ließ, daß ohne die Erbschaftsteuer aus der ganzen Sache nichts werden könne, ließ am Sonnabend ohne jede Scham zum Ausdruck bringen, daß sie sich entschlossen habe, die Steuern in der vom Reichstage beschlossenen Form anzunehmen. Ein Musterbeispiel dafür, wie die Regierung selbst ihre Autorität bloßstellt und untergräbt.

Aus im Ganzen 15 verschiedenen Steuerarten soll das Defizit im Reiche gedeckt werden. Hier ist die Liste:

	Ertrag:
Biersteuer	100 Mill. Mark
Branntweinsteuer	80 „ „
Tabaksteuer	43 „ „
Kaffe- und Teezoll	37 „ „
Zündwarensteuer	25 „ „
Glühkörpersteuer	20 „ „
Schaumweinsteuer	5 „ „
Grundstücksumsatzsteuer	40 „ „
Talonsteuer	27,5 „ „
Effektenstempelsteuer-erhöhung	25,5 „ „
Schedsteuer	20 „ „
Wechselstempel-erhöhung	5 „ „
Erhöhung der Patrimonialbeiträge	25 „ „
Summa	453 Mill. Mark

Das sind 13 Nummern. Als 14. Nummer kommt mit 20 Millionen Mark die beibehaltene Fahrkartensteuer hinzu. In den Steuerentwürfen der Regierung war die Fahrkartensteuer preisgegeben worden, weil sie in den Einzelstaaten mehr Schaden anrichtet als sie dem Reiche Nutzen zufügen kann. An 15. Stelle steht die beibehaltene Zuckerversteuer mit 35 Millionen Mark, die von der Regierung fallen gelassen

war, die nun aber nach dem Antrage des Zentrums noch in voller Höhe bis zum Jahre 1914 aufrecht-erhalten werden soll. Im Ganzen sind hiernach 508 Millionen Mark neuer Steuern bewilligt worden.

Die traurigste Rolle in dem so überaus traurigen Schauspiel hat das Zentrum gespielt. Als Ende 1906 der Reichstag aufgelöst wurde, gab Abgeordneter Erzberger zur Agitation für das Zentrum eine Broschüre heraus mit dem Titel: „Warum der Reichstag aufgelöst wurde“. In dieser Broschüre heißt es:

„Das Zentrum hat es bei der großen Reichsfinanzreform (gemeint ist die von 1906) erreicht, daß der kleinere und mittlere Mann nicht oder nicht schwer getroffen sind (!); es hat auch jetzt schon erklärt, daß es keinen Pfennig an neuen Steuern bewillige, ehe nicht die Branntweinsteuer gebessert wird; aus dieser Stenke geht die große Brennererei jährlich nahezu 50 Millionen in ihre Tasche, und doch gehören diese Gelder von Rechts wegen dem Reiche! Es sind dies „Liebergaben“ der verschiedensten Art an die ostbayerischen und andere Großgrundbesitzer! Wenn das Zentrum in alter Stärke wiederkehrt, ist das Volk in seinen breiten Schichten vor neuen großen Steuern bewahrt! Ganz anders aber ist es, wenn der Anti-Zentrumsblock siegt! Die Konservativen haben es schon im Frühjahr 1906 versucht, auf Bier und Tabak hohe Steuern zu legen, Rationalisten haben es offen erklärt, daß es das Zentrum gewesen sei, das eine höhere Besteuerung dieser Artikel verhindert habe! Wenn also die Gegner des Zentrums siegen, dann folgt eine ungeheure Erhöhung der indirekten Steuern!“

„Das Zentrum kämpft für eine gesunde Finanzpolitik!“

Wir sind gegen die Schuldenwirtschaft!
 Das Zentrum ist für den Schutz der unteren und mittleren Volksschichten!

Wir sind gegen die Erhöhung der indirekten Steuern!“

Dasselbe Zentrum, das so energische Töne gegen die Branntweinliebesgaben und eine weitere Vermehrung und Erhöhung der indirekten Steuern fand, hat den ostbayerischen und anderen Großgrundbesitzern, die nahezu 50 Millionen Mark Liebesgaben auf dem Präsentierteller entgegengedrückt, und selber mitgeholfen neue indirekte Steuern zu erfinden, um die durch seinen Willen zur Ablehnung gekommene höhere Besteuerung der Erbschaften wieder zu erfassen. Das Zentrum ist in alter Stärke wieder in den Reichstag zurückgekehrt, aber es hat sein den Wählern gegebenes Versprechen treulos gebrochen, die Erbschaftsteuer als wirkliche Besitzsteuer abgelehnt aber für die Steuern gestimmt, die gerade die unteren und mittleren Volksschichten schwer treffen.

Die katholischen Arbeiter kennen die Schuldigen in diesem Trauerspiel und werden sich diese Behandlung nicht gefallen lassen. Und sie können es sich umsoweniger gefallen lassen, weil sie durch ihre eigenen Führer auf den Widerstand gegen diese Steuermacherei seitgelegt worden sind. An den Protest sind sie gebunden, umso mehr, als obendrein die Beschlüsse des Reichstages ja noch sehr viel schlechter ausgefallen sind, als die auch von den katholischen Arbeitern vorher energisch bekämpften Steuerentwürfe der Regierung. Im Oktober v. Js., als die Steuerpläne der Regierung bekannt geworden waren, nahm der Verband westdeutscher katholischer Arbeitervereine auf seinem Delegiertentage in Essen scharf Stellung gegen diese Steuerpläne. Herr

Abgeordneter Giesberts hielt das Referat. Die Essener Volks-Zeitung, ein Zentrumsorgan, berichtete über den Protest der katholischen Arbeiter wie folgt:

Ueber die Reichsfinanzreform referierte Herr Abgeordneter Giesberts. Redner verbeistete sich in eingehender Weise über die Finanzlage des Reiches und die Steuerprojekte der Regierung und gab seinem lebhaften Bedauern Ausdruck über den mangelnden Versuch der Regierung, die besitzenden Klassen stärker zur Steuer heranzuziehen. In der Diskussion wurde die Resolution, die in einer gemeinsamen Besprechung der Arbeitersekretäre in Düsseldorf gefaßt und dann an die Zentrumsfraktion des Reichstages abgesandt wurde, zur Verlesung gebracht. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„Die in Düsseldorf versammelten katholischen Arbeitersekretäre glauben der Meinung der katholischen Arbeiter, wie sie dieselbe in Versammlungen, in persönlichem Verkehr in betreff der in Aussicht stehenden Reichsfinanzreform kennen gelernt haben, in folgender Weise der Zeitung der Zentrumsparthei zur Kenntnis geben zu müssen.

Es berührt die Arbeiterschaft sehr befremdend, daß fast der ganze Betrag der zur Erhaltung des Reiches notwendigen Steuern von der breiten Masse des Volkes getragen werden soll, wie das in der geplanten Erhöhung der Steuern auf Tabak, Bier und Branntwein gutzuteil tritt. Gegenüber der Notlage des Deutschen Reiches berkennt die Arbeiterschaft durchaus nicht die nationale Pflicht, eine Befreiung der Reichsfinanzen herbeizuführen, in dessen muß dagegen Einspruch erhoben werden, daß der größte Teil der Steuern wiederum auf die breiten Massen des Volkes abgewälzt wird, während kein ernsthafter Versuch zu erkennen ist, die besitzenden Klassen, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, zur Bestreitung des Bedürfnisse des Reiches heranzuziehen. Das ist umso mehr geboten, weil die arbeitenden Stände durch den gegenwärtigen Niedergang der Industrie in besonderer Weise betroffen werden und auch schon durch eine Reihe indirekter Steuern belastet werden. Umso mehr ist eine Erlassung der leistungsfähigeren Kreise des Volkes durch direkte Steuern geboten, als dieselben durch indirekte Steuern in besonderer Weise nur wenig getroffen werden können, da sogenannte Zugrussteuern geringe Einkünfte abwerfen.“

Der Verbandstag erklärte einstimmig seine Zustimmung zu dieser Resolution.“

Es tut uns aufrichtig leid um den Abgeordneten Giesberts, daß er sich durch seine Zugehörigkeit zum Zentrum zum Verräter an den selbst von ihm für richtig erkannten steuerlichen Grundrissen hat machen lassen müssen. Wir machen kein Fehl daraus, daß wir gerade für Giesberts, obgleich er unser Gegner ist, viel Sympathie empfinden. Giesberts hätte gerade hierbei der Arbeiterfrage einen großen Dienst erweisen können, wenn er das Zentrum dahin gebracht hätte, seinen Standpunkt in der Steuerfrage zur Geltung zu bringen. Wir zweifeln auch nicht daran, daß er den Versuch gemacht hat. Im Zentrum hat aber wieder einmal das agrarische Element den Sieg davon getragen. Es ist ein Skandal, wie eine Partei, die ihre Macht in der Hauptache der katholischen Arbeiterschaft verdankt, in dieser unerhörten Weise Schindluder spielt mit den Interessen aller Arbeiter und damit auch der katholischen Arbeiter. Das durfte Giesberts nicht mitmachen! Wenigstens hätte er gegen das Zentrum stimmen müssen, wenn ihm nicht seine Ueberzeugung, die er auf dem Verbandstage der katholischen Arbeitervereine in Essen vertrat, dazu hätte bringen können, aus der Zentrumsparthei auszuscheiden. Die Arbeiterschaft wird es nie verstehen,

wie ein Arbeiterführer sich so selbst hat untreu werden können. Das Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine „Der Arbeiter“, schrieb noch vor kurzem, daß derjenige der erbe, auch am besten in der Lage sei, auf den Altar des Vaterlandes seine Opfergaben zu legen. Das Junkertum wollte es anders und das Zentrum und christliche Gewerkschaftsführer halves mit, den junkerlichen Willen durchzuführen.

Was wird nun werden? Industrie, Handel und Gewerbe, die eine schwere Krise durchmachen, die am härtesten die Arbeiter und Angestellten getroffen hat, werden sich vielfach erst in neue Schwierigkeiten kommen und viel langsamer als es sonst möglich gewesen wäre, wird es aufwärts gehen können. Geht es dann endlich wieder besser, dann werden die Unternehmer natürlich zuerst versuchen, die Verluste aus der schweren Zeit durch die neuen Gewinne wieder einzubringen. Die Arbeiter aber, die lange genug geduldet haben und dann nicht immer freiwillig an dem Beginn der besseren Zeit beteiligt werden, müssen sich vielfach erst in neue schwere wirtschaftliche Kämpfe stürzen, ehe sie wieder zu besseren Löhnen kommen. Es ist ja selbstverständlich, daß die Arbeiter bemüht sein müssen, die neue Verteuerung der Lebenskosten durch eine Steigerung der Löhne auszugleichen. Die Unternehmer müssen dann auch ihrerseits den Verkaufspreis ihrer Waren wieder steigern und so kommen wir durch diese himmelverfluchte Wirtschafts- und Steuerpolitik des Junkertums zu einer immer größeren Entwertung des Geldes, die Deutschland schließlich in furchtbare Katastrophen führen kann. Da geht ein Sturm der Entrüstung durch die deutsche Arbeiterschaft ohne Unterschied von Glauben und Partei, der so anjammeln muß, daß die ganze konservativ-kerikale Reaktion hinweggefegt werden kann. Freiheit der Religion und Freiheit der Meinung auch in politischen Dingen. Aber hinweg mit den Leuten, die Religion und Politik mißbrauchen, um die Arbeiter um so rücksichtsloser ausbeuten zu können.

Deutsche Arbeiter begreift, was euch geschehen ist und tretet ein in die Kampfereihen der Gewerksvereine.

Streiks und Aussperrungen in Deutschland im Jahre 1908.

In dem soeben erschienenen 280. Bande der „Statistik des Deutschen Reichs“ ist die ausführliche Statistik der während des Jahres 1908 in Deutschland vorgekommenen Streiks und Aussperrungen veröffentlicht worden, die gleichzeitig den 10. Jahressband der amtlichen deutschen Streikstatistik bildet. Das Berichtsjahr hatte unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse auf fast allen Gebieten gewerblichen Schaffens zu leiden. Diese Erscheinung spiegelt sich in dem nicht unerheblichen Rückgang der Zahl der Streiks und der daran Beteiligten wieder.

Es wurden im Jahre 1908 1847 Streiks beendet gegen 2266 i. J. 1907, 3328 i. J. 1906, 2403 i. J. 1905, 1870 i. J. 1904, 1874 i. J. 1903, 1060 im Jahre 1902, 1066 im Jahre 1901, 1433 im Jahre 1900 und 1288 im Jahre 1899. Im Vergleich mit dem Jahre 1907 haben 1908 919 Streiks weniger stattgefunden. Ueberblickt man die Streikstatistik für die letzten 10 Jahre, so bleiben hinter dem Jahre 1908 nur die Jahre 1899, 1901 und 1902 zurück. Innerhalb der 10 jährigen Periode schwankt die Zahl der beendeten Streiks zwischen 3328 i. J. 1906 und 1066 i. J. 1901.

Die 1347 beendeten Streiks verteilten sich auf 4774 Betriebe mit 199 371 Beschäftigten. Von den 4774 Betrieben wurden 1214 gleich 25,4 Proz. durch den Streik zum völligen Stillstand gebracht. Von der Gesamtzahl der Beschäftigten streikten 68 392 Personen gleich 34,3 Proz. (1907: 192 430 gleich 43,2 Proz., 1906: 272 218 gleich 39,7 Proz., 1905: 408 145 gleich 52,5 Proz., 1904: 113 480 gleich 41,5 Proz.). Von der Gesamtzahl der Streikenden waren 10 674 gleich 15,6 Proz. unter 21 Jahren. 47 798 gleich 69,9 Proz. der Streikenden waren zur sofortigen Niederlegung der Arbeit berechtigt, 20 594 gleich 30,1 Proz. wurden kontraktbrüchig. Von der Zahl der Kontraktbrüchigen waren 4594 gleich 22,8 Proz. unter 21 Jahren. Gezwungen mußten 7406 gleich 3,7 Prozent aller Beschäftigten die Arbeit niederlegen.

Die Bedeutung der Streiks läßt sich messen an der Beteiligungsziffer und an der Zahl der Betriebe, die in Mitleidenschaft gezogen wurden. So gab es im Jahre 1908

1) 104 Streiks = 7,7 Proz., an denen sich	2-5
181 „ = 13,4 „ „ „ „	6-10
306 „ = 22,7 „ „ „ „	11-20
178 „ = 13,2 „ „ „ „	21-30
237 „ = 17,6 „ „ „ „	31-50
194 „ = 14,4 „ „ „ „	51-100
101 „ = 7,5 „ „ „ „	101-200
36 „ = 2,7 „ „ „ „	201-500
10 „ = 0,8 „ „ „ „	501

und mehr Arbeiter beteiligten.

2) 1016 Streiks = 75,4 Proz., die	1
189 „ = 14,0 „ „ „ „	2-5
76 „ = 5,6 „ „ „ „	6-10
36 „ = 2,7 „ „ „ „	11-20
13 „ = 1,0 „ „ „ „	21-30
1 „ = 0,1 „ „ „ „	31-40
5 „ = 0,4 „ „ „ „	41-50
11 „ = 0,8 „ „ „ „	51 u. mehr

Betriebe erfaßten.

Gegen das Jahr 1907 ist die Zahl der Streiks, an denen sich mehr als 100 Arbeiter beteiligten, im Jahre 1908 um 6 Proz. zurückgegangen, und die Zahl der Streiks, die mehr als 50 Betriebe erfaßten, sank gegen 1907 um 1 Proz.

In Angriff- und Abwehrstreiks teilen sich die Streiks, wie folgt:

	Angriffstreiks			
	absolut		Prozent	
	Fälle	mit Streikenden	aller Fälle	mit Streikenden
1908	1106	53856	82,1	78,7
1907	2146	180334	94,7	93,7
1906	3184	264060	95,7	97,0
1905	2212	399242	92,1	97,8
1904	1638	98784	87,6	87,0
1903	1167	77124	84,9	90,1
1902	798	41919	75,3	77,8
1901	697	37079	66,0	67,1
1900	1127	110576	78,6	90,0
1899	1019	82913	79,1	83,5

Abwehrstreiks

	Abwehrstreiks			
	absolut		Prozent	
	Fälle	mit Streikenden	aller Fälle	mit Streikenden
1908	241	14536	17,9	21,3
1907	120	12096	5,3	6,3
1906	144	8158	4,3	3,0
1905	191	8903	7,9	2,2
1904	232	14696	12,4	13,0
1903	207	8479	15,1	9,9
1902	262	11993	24,7	22,2
1901	359	18183	34,0	32,9
1900	306	12227	21,4	10,0
1899	269	16425	20,9	16,5

In Zeiten günstiger Geschäftslage häufen sich die Angriffstreiks und vermindern sich die Abwehrstreiks; in Zeiten ungünstiger Geschäftslage tritt das umgekehrte Verhältnis ein. Es seien die Jahre 1901, 1902 und 1908 den Jahren 1905 und 1906 gegenübergestellt:

	Günstige Geschäftslage:	
	Angriffstreiks	Abwehrstreiks
1905	92,1 Proz.	7,9 Proz.
1906	95,7 Proz.	4,3 Proz.
	Ungünstige Geschäftslage:	
	Angriffstreiks	Abwehrstreiks
1901	66,0 Proz.	34,0 Proz.
1902	75,3 Proz.	24,7 Proz.
1908	82,1 Proz.	17,9 Proz.

Im Jahre 1908 sind im Vergleich mit dem vorausgegangenen Jahre die Angriffstreiks um 12,6 Proz. zurückgegangen, um welchen Prozentsatz die Abwehrstreiks zugenommen haben.

Die Verteilung nach Einzel- und Gruppenstreiks geht aus folgender Uebersicht hervor:

	Einzelstreiks			
	absolut		Prozent	
	Fälle	mit Streikenden	aller Fälle	mit Streikenden
1908	1016	40229	75,4	58,8
1907	1524	77652	67,2	40,4
1906	2327	125386	69,9	46,1
1905	1628	70849	67,7	17,4
1904	1356	50207	72,5	44,2
1903	1042	37888	75,9	44,3
1902	869	30312	82,0	56,2
1901	803	29408	76,0	53,2
1900	1018	44464	71,0	36,2
1899	931	35606	72,3	35,8

	Gruppenstreiks			
	absolut		Prozent	
	Fälle	mit Streikenden	aller Fälle	mit Streikenden
1908	331	28163	24,6	41,2
1907	742	114778	32,8	59,6
1906	1001	146832	30,1	53,9
1905	775	337296	32,3	82,6
1904	514	63273	27,5	55,8
1903	332	47715	24,1	55,7
1902	191	23600	18,0	43,8
1901	253	25854	24,0	46,8
1900	415	78339	29,0	63,8
1899	357	63732	27,7	64,2

Was den Anteil der einzelnen Gewerbegruppen an den Streiks betrifft, so entfallen von den 1347 beendeten Streiks des Berichtsjahres auf: Baugewerbe 429 mit 39 189 Beschäftigten und 19 593 Streikenden, Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 156 mit 8242 Beschäftigten und 4346 Streikenden, Industrie der Steine und Erden 138 mit 14 221 Beschäftigten und 6987 Streikenden, Industrie der Nahrungs- und Genussmittel 101 mit 4789 Beschäftigten und 2849 Streikenden, Bekleidungsindustrie 96 mit 9010 Beschäftigten und 5516 Streikenden, Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate 88 mit 49 283 Beschäftigten und 6006 Streikenden, Metallbearbeitung 80 mit 12 866 Beschäftigten und 3897 Streikenden, Bergbau, Gütten- und Salinengewesen, Zerkleinerung 43 mit 33 254 Beschäftigten und 8555 Streikenden, Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe 38 mit 3119 Beschäftigten und 1665 Streikenden, Textilindustrie 36 mit 10 519 Beschäftigten und 3659 Streikenden, Handelsgewerbe 34 mit 3655 Beschäftigten und 1032 Streikenden, Verkehrsgewerbe 31 mit 3033 Beschäftigten und 1730 Streikenden, chemische Industrie 18 mit 1425 Beschäftigten und 802 Streikenden, Papierindustrie 12 mit 2259 Beschäftigten und 447 Streikenden, polygraphische Gewerbe 11 mit 1878 Beschäftigten und 264 Streikenden, Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte, Seifen, Fette, Öle und Firnisse 10 mit 1023 Beschäftigten und 398 Streikenden, Kunst- und Handelsgärtnerei 8 mit 484 Beschäftigten und 199 Streikenden, Reinigungsgewerbe 8 mit 109 Beschäftigten und 103 Streikenden, Gast- und Schankwirtschaft 4 mit 420 Beschäftigten und 188 Streikenden, funfällige Gewerbe 3 mit 125 Beschäftigten und 82 Streikenden, Tierzucht und Fischerei 2 mit 464 Beschäftigten und 70 Streikenden, Musik-, Theater-, Schaustellungs-gewerbe 1 Streik mit 4 Beschäftigten und gleichzeitig Streikenden. Beinahe ein Drittel (31,9 Prozent) aller Streiks mit 28,6 Proz. der Streikenden entfällt auf das Baugewerbe. Die nächsthöchste Zahl der Streikenden findet sich in der Gewerbegruppe „Bergbau, Gütten- und Salinengewesen, Zerkleinerung“ (12,5 Proz.), dann folgen die Industrie der Steine und Erden (10,2 Proz.), die Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate (8,8 Proz.), das Bekleidungs-gewerbe (8,1 Prozent), die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe (6,4 Proz.), die Metallbearbeitung (5,7 Proz.) und die Textilindustrie (5,3 Proz.). In allen übrigen Gewerbegruppen werden 5 Proz. der Gesamtzahl der Streikenden nicht erreicht. Im Bergbau, in der Textilindustrie und in der Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate überwiegt die Zahl der Streiks in der Großindustrie, in den übrigen Gewerbegruppen in der mittleren und kleineren Industrie. — Die Verteilung der Angriff- und Abwehrstreiks auf die wichtigeren Gewerbegruppen stellte sich folgendermaßen: Baugewerbe 373 Angriff- und 56 Abwehrstreiks, Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 125 Angriff- und 31 Abwehrstreiks, Industrie der Steine und Erden 117 Angriff- und 21 Abwehrstreiks, Industrie der Nahrungs- und Genussmittel 92 Angriff- und 9 Abwehrstreiks, Bekleidungs-gewerbe 84 Angriff- und 12 Abwehrstreiks, Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate 62 Angriff- und 26 Abwehrstreiks, Metallbearbeitung 52 Angriff- und 28 Abwehrstreiks.

Nach der Zeit des Beginns unterschieden, fielen von den 1347 beendeten Streiks in das Frühjahr (März bis Mai) 496 gleich 36,8 Proz., in den Sommer (Juni bis August) 386 gleich 28,7 Proz., in den Herbst (September bis November) 241 gleich 17,9 Proz. und in den Winter 224 gleich 16,6 Proz. — Die Dauer der Arbeitsunterbrechungen ergibt folgende Zusammenstellung: Es dauerten weniger als 1 Tag 71 Streiks mit 1858 Streikenden, 1 bis 5 Tage 498 Streiks mit 22 852 Streikenden, 6 bis 10 Tage 169 Streiks mit 7201 Streikenden, 11 bis 20 Tage 168 Streiks mit 10 933 Streikenden, 21 bis 30 Tage 98 Streiks mit 4178 Streikenden, 31 bis 50 Tage 134 Streiks mit 9470 Streikenden, 51 bis 100 Tage 143 Streiks mit 7061 Streikenden, über 100 Tage 66 Streiks mit 4839 Streikenden. Am längsten dauerten die Streiks in der Textil-

industrie und in der Industrie der Steine und Erden. In ersterer währten 16,7 Proz., aller Streiks über 100 Tage, in letzterer 10,9 Proz. Über 50 Tage dauerten die Streiks in der Industrie der Steine und Erden, in der Metallverarbeitung, in der Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, in der Textilindustrie, in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel und im Baugewerbe; es waren dies 23,9 Proz., 21,2 Proz., 20,4 Proz., 16,0 Proz., 22,3 Proz., 20,8 Proz. und 13,5 Proz.

Was die Forderungen der Streikenden betrifft, so handelt es sich in 990 Streikfällen mit 51.562 Streikenden um Lohn-, in 235 Streikfällen mit 12.219 Streikenden um Arbeitszeit- und in 590 Streikfällen mit 32.112 Streikenden um andere Forderungen. Unter den Lohnforderungen stehen diejenigen, welche auf „Erhöhung der bestehenden Zeit- oder Akkordlöhne, Festsetzung von Mindestlöhnen“ gerichtet waren, an erster Stelle, nämlich 745 Streikfälle mit 35.806 Streikenden; es folgen dann die Forderungen „Bezahlung, höhere Bezahlung der Leberstunden, Nacharbeit, Arbeit an Sonn- und Feiertagen“ in 89 Streikfällen mit 5016 Streikenden und „besondere Bezahlung der Nebenarbeiten, Außenarbeit, der Fahrt zur Arbeitsstelle, Wartegelder“ bei 44 Streiks mit 1924 Streikenden. Unter den Forderungen bezüglich der Arbeitszeit ist diejenige, welche auf „Verfürgung der bisherigen Arbeitszeit“ abzielte, am häufigsten gestellt worden: in 183 Streikfällen mit 8302 Streikenden; in nur 25 Streikfällen mit 2288 Streikenden handelte es sich um die Forderung der Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitszeit. Unter den speziellen Forderungen ragt die der Wiederanstellung entlassener Arbeiter vor allen übrigen weit hervor; sie wurde in 216 Streikfällen mit 9455 Arbeitern erhoben. Daneben haben einige Bedeutung die Streikfälle, denen tarifliche Forderungen zugrunde lagen. So erlangten in 71 Streikfällen 5774 Arbeiter, eine „Änderung von Lohnsätzen“, in 67 Streikfällen 3614 Arbeiter die „Einführung von Lohnsätzen“ und in 31 Streikfällen 1139 Arbeiter die „Aufrechterhaltung von Lohnsätzen“. Die Forderung der „Entlassung bzw. NichtEinstellung von nichtorganisierten Arbeitern“ führte zu 34 Streikfällen, vertreten durch 1173 Arbeiter. (Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 13. Juli 1909.

Der Bundesrat hat sich ebenso beeilt wie vorher der Reichstag. Bereits am gestrigen Montag Nachmittag hat er seine Genehmigung zu den von der Mehrheit des Reichstages beschlossenen Steuern gegeben. Die Biersteuer soll bereits am 1. August in Kraft treten. Von dem Betrieb einer Wirtschaft scheint man nicht viel zu verstehen, denn sonst müßte man sich doch sagen können, daß eine so plötzliche Umänderung der Preise und der Gesetze nicht denkbar ist. Die Tabaksteuer soll am 15. August in Kraft treten. Das Zigarettensteuergesetz am 1. September, das Branntweinsteuergesetz am 1. Oktober, die Reichsstempelnovelle am 1. August, die Bestimmungen über den Schenkstempel am 1. Oktober, die Erhöhung des Kaffee- und Teezolles am 1. August, die Zündholz- und Verbrauchsteuer am 1. Oktober, desgleichen die Schenksteuer.

Es wird mithin auch hier überall das Galopp-tempo eingeschlagen.

Gestern hat nun der Reichstag auch das Beamtenbesoldungsgesetz erledigt. Die Erhöhung der Beamtengehälter war notwendig geworden infolge der Verteuerung der Lebenskosten. Wichtig wäre es gewesen, wenn die Erhöhung dieser Gehälter den Agrariern abgefordert worden wäre. Die haben den Profit in die Tasche gesteckt, der nun Ursache wurde, den Beamten höhere Gehälter zu zahlen. Die Arbeiter haben die höheren Preise auch aufzubringen, aber sie müssen sich gerade jetzt vielfach mit gekürzten Löhnen behelfen. Trotzdem ist die Gehaltsaufbesserung der Beamten als eine Notwendigkeit anzusehen, die noch besser ausgefallen sein würde, wenn nicht auch hierbei wieder das Zentrum völlig umgefallen wäre. Vorher war auch eine Erhöhung der „Löhne“ der Soldaten um 8 Pf. pro Tag vorgesehen. Durch den Willen der Mehrheit des Reichstages ist auch diese kleine Verbesserung abgelehnt worden. Das ist um so bedauerlicher, als doch auch den Soldaten die Ausgaben verteuert werden für alle die Dinge, die nun mit höheren Steuern belastet worden sind.

Wir hatten schon in unserer vorigen Nummer hingewiesen auf den Willen der Konservativen, mit der Ablehnung der Erbschaftsteuer der Regierung einen Dankschreiben zu geben, für ihr Entgegenkommen in der preussischen Wahlrechtsfrage. Im Reichstage hat am Sonnabend der Führer der

Konservativen, Abgeordneter v. Sendebraun, mitgeteilt, daß die die Erbschaftsteuer abgelehnt hätten, weil sie darin eine allgemeine Besitzsteuer erblickten, die sie nicht in die Hände einer auf dem gleichen Wahlrecht beruhenden Körperschaft legen wollten. Die Herren werden hiernach erst für eine wirkliche Besitzsteuer zu haben sein, wenn auch für den Reichstag das preussische Wahlrecht eingeführt ist. Die Herren treiben es mit der Verböhnung der Volksmasse recht weit!

Delegiertentage von Ausbreitungsverbänden. Am 1. August hält der Ausbreitungsverband für Sachsen und Anhalt seinen Delegiertentag in Duedlinburg ab. — Der Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerksvereine im Königreich Sachsen hält seinen Delegiertentag am 29. August in Großenhain ab.

Das „Westpreussische Gewerksblatt“, amtliche Zeitschrift der Handwerkskammer zu Danzig, äußert sich in einer bemerkenswerten Weise über die wirtschaftliche Lage des Handwerks und seiner Zweige.

„Nach den aus zuverlässigen Quellen gewonnenen Erfahrungen ist leider eine Besserung der wirtschaftlichen Lage des Westpreussischen Handwerks während des Berichtsjahres im allgemeinen nicht bemerkbar geworden.“

Die schlechte Konjunktur des verfloffenen Jahres in Handel und Industrie, verbunden mit zeitweise drohender Kriegsgefahr, die mannigfachen Kreditverhältnisse und der recht ungünstige Hypothekenmarkt, zum Teil auch die hier und dort infolge Ausstandsgeleiste der Arbeitnehmer für die Betriebsführung eingetretenen Schwierigkeiten zeigten unauffällig recht drückende Geschäft- und Wirtschaftsverhältnisse und bereiteten einer großen Zahl von Handwerksbetrieben den wirtschaftlichen Untergang.

Ganz besonders schwer wurde das Baugewerbe in den Industrie- und Handelsplätzen betroffen; mit ihm hatten auch die verwandten Gewerbe der Bauhilfshier, Bauhölzler, Kaufmänner, Töpfer, Maler und Glaser besonders schwer darunter zu leiden. Die Preise der Rohmaterialien waren zum Teil großen Schwankungen unterworfen, wodurch naturgemäß wiederum eine Unsicherheit in der Preishaltung hervorgerufen werden mußte.

In den von der Landwirtschaft wesentlich beeinflussten Orten stellten sich freilich die Betriebs- und Wirtschaftsverhältnisse günstiger, was der guten Ernte und den günstigen Preislagen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, nicht zum wenigsten auch den geschaffenen Anfeindungen und den dabei errichteten Baulichkeiten zu verdanken ist.

Leider werden andererseits aber auch von vielen Handwerkern noch immer nicht die mitunter recht plötzlich eintretenden günstigen Wendungen auf dem Arbeits-, Waren- und Geldmarkt rechtzeitig ausgenutzt. Ein Hauptmoment ist hierbei auch der Umstand, daß ein großer Teil der Handwerker sich als geradezu teilnahmslos erweist, wenn es gilt, neue wirtschaftliche Verhältnisse zu erkennen, neue Wege zu machen. Hierzu kommt dann noch, daß man auf Seiten des Handwerks einer gewissen Preisermittlung (Kalkulation) viel zu wenig Rechnung trägt.

Es ist aber eine höchst bedauerliche Tatsache, daß eine überaus große Zahl von Handwerkern entweder gar nicht oder recht fehlerhaft und unzuverlässig oder gar mit unberglicher Leichtfertigkeit kalkulieren. Hierzu kommt noch eine fast unverständlich erscheinende Abneigung gegen jede auch noch so einfache Buchführung; häufig auch noch eine vorzuziehende Neigung gegen die Anwendung neuzeitlicher technischer Hilfsmittel.

Kann sonach auch die heutige Lage des Handwerks keineswegs als eine günstige bezeichnet werden, so wäre es doch andererseits nicht zu rechtfertigen, wenn man behaupten wollte, daß diese mißlichen Verhältnisse nicht durch eigene Kraft des Handwerkers gebessert oder doch wesentlich gemildert werden könnten.

Wenn die städtischen und staatlichen Behörden und wirkliche Handwerksvereine sich bemühen, in guten Fortbildungen, Fach- und Handwerkschulen die Handwerksjugend tüchtig zu machen, dann murren diese Art Meister darüber, daß man ihnen den Lehrling auf kurze Schulstunden fortnimmt. Wo dies geschieht, soll man ihnen entgegen, was das Organ der Danziger Handwerkskammer schreibt.

Arbeiterbewegung. In Stettin fanden Verhandlungen statt zwischen den Vertretern unseres Gewerksvereins, der Schneider und des Schneiderverbandes und den Mitgliedern beider Organisations über die durch Kündigung des Tarifs geschaffene Lage. Es wurde beschlossen, den am 1. Oktober ablaufenden Tarif bis dahin pünktlich inne zu halten. Die Arbeiter haben schließlich Verhandlungen in Aussicht gestellt. — Ein Streik in der chemischen Fabrik „Union“ in Stettin ist ergebnislos beendet

worden. Sehr geschickt scheint die gewerkschaftliche Organisation ihn nicht geleitet zu haben. Die Firma fand Arbeitswillige und auch von den organisierten im Kampfe stehenden Arbeitern ging ein gut Teil nach und nach wieder in den Betrieb zurück. — In Nürnberg geht der Kampf im Holzgewerbe noch weiter. — In Hamburg sind Einigungsversuche im Bauarbeiterausstand im Gange. — In Solingen haben die Dachdecker 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 57 Pf. Stundenlohn erreicht. — In Frankenhäusern am Stoffhändler ergielten die Knopfmacher eine kleine Aufbesserung ihrer sehr geringen Löhne. — In der Berliner Verlagsgesellschaft von Illstein u. Co. ist es zu einer Differenz gekommen infolge Entlassung des Vertrauensmannes aus der Kraftstation. Die Arbeiter sehen in dieser Entlassung eine Maßregelung und verlangen die Wiedereinstellung. Bei Neueinstellung von Arbeitskräften sollen nur die sozialdemokratischen Organisations-Arbeitsnachweise berücksichtigt werden. Es ist selbstverständlich, daß auf diese Forderung kein Unternehmer eingehen kann. Das hieße nichts anderes, als alle Arbeiter, die nicht gerade dieser Organisation angehören, von der Möglichkeit Arbeit zu finden, auszuschließen.

In der Waisefrage schwenken die Gewerkschaften vernünftigerweise nach rechts ab. Darüber erboben sich die sozialdemokratischen Blätter, ihnen voran neben dem „Vorwärts“ die „Leipziger Volksztg.“. Die „L. V.“ hatte diese Aenderung der Gesinnung auf die „Parvenis und Emporkömmlinge“ in der Gewerkschaftsbewegung, womit insbesondere die beamteten Führer gemeint waren, zurückgeführt. Fast die gesamte Gewerkschaftspresse empörte sich über diesen Angriff. Die „Fachszeitung“ der Schneider wendet sich mit besonderer Schärfe gegen die „Leipziger Volkszeitung“, denn sie schreibt:

„Solche Fliegelleien, wie sie sich die „Leipziger Volkszeitung“ leistet, müssen sich die Gewerkschaften entschieden verbitten. Wenn man nach dünnelfhaften und hochmütigen Emporkömmlingen, nach Parvenisproleten suchen wollte, dann dürften sie weit eher in der Parteibewegung als in den Gewerkschaften zu finden sein. Ganz besonders aber scheint es die „Leipziger Volkszeitung“ zu sein, in der sich diese Sorte Menschen breit macht.“

Was nützt das alles. Die Gewerkschaften lassen sich schänden und treten, aber im großen Parteihäusern laufen sie doch immer wieder mit.

Was ist eine öffentliche Tanzlustbarkeit? Das Gewerkschaftsartell in Neuch hatte am 7. Februar eine Tanzlustbarkeit abgehalten, die, wie die „Köln. Volksztg.“ mitteilt, von der Polizeibehörde als eine öffentliche Versammlung angesehen wurde. Gegen den Vorsitzenden des Kartells und den Wirt waren deshalb wegen unterlassener Anmeldung Polizeistrafen in Höhe von 15 M. festgesetzt worden. Das Schöffengericht hatte die Strafmandate aufgehoben, weil das vom Kartell abgehaltene Tanzvergnügen als ein geschlossenes Fest anzusehen sei. Die Strafkammer hat jetzt im gleichen Sinne entschieden. Eine öffentliche Tanzlustbarkeit, so lautete das Urteil, setzt voraus, daß einer unbestimmten Zahl von Personen, die in keiner Verbindung zueinander stehen, der Eintritt in den Saal gestattet wird. Eine solche Voraussetzung ist im vorliegenden Falle nicht gegeben.

Verbotener Festzug. Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften zu Hannover wollten bei Gelegenheit ihres Gewerkschaftsfestes im August einen Festzug durch die Stadt veranstalten. Dieser Festzug ist verboten worden mit der Begründung, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften meist auf sozialdemokratischem Boden ständen und deshalb der beabsichtigte Umzug sich als eine offene Demonstration gegen die wirtschaftliche und staatliche Ordnung darstelle, auf deren Boden der übrige weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung stehe. Schließlich wird noch eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch den Umzug befürchtet.

Gewerksvereins-Zeil.

§ Duisburg. Die Rut macht blind! Der Deutsche Metallarbeiter, Organ des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes, geht in seiner blinden Rut dazu über, in Nr. 28 einen aus der sozialdemokratischen Zeitung stammenden Artikel gegen die bösen Dickschäpferischen Gewerksvereine zum Stapel zu lassen. Der Redakteur Herr Bergmann reißt sich brennig die Hände und denkt bei sich: „Wenn das mit trefft, trefft gar nichts.“ Leider müssen wir unserm „Freund“ aus der Seitenstraße verraten, daß auch dieser Artikel nicht die ersehnten Mitglieder aus den Dickschäpferischen Gewerksvereinen bringen wird. Wir können es begreifen, daß einzelne Herren aus dem christlich-sozialen Metall-

Verbands-Zeil.

arbeiterverband anfangen, müßte zu werden. Die letzten Vorkommnisse waren ja auch dazu angetan, selbst die härtesten Kerzen zu erschüttern. Auf Wunsch deutlicher! Eine einfache Danfängung im „Woten aus dem Arien-gebirge“ bringt es fertig, daß einige Herren in in Rut geraten, daß sie sich selbst begeistern könnten. Oder sollte diese Rut auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß Herr Pastor Seide in Reizhaft an einem Gewerkevereinsfest teilgenommen und sich dort lobend und anerkennend über die Christl.-Dankerschen Gewerkevereine ausgesprochen hat? Sollte letzteres der Fall sein, so wünschen wir, daß der Krampfanfall, den einzelne Herren vom christlichen Verband bekommen haben sollen, ohne nachteilige Folgen zu hinterlassen, vorübergegangen ist. Auch die Versteigerung einer Vereinsfahne mußte verfallen, um dem Gewerkeverein ein ausweichendes zu können. Bevor wir dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband das Recht einräumen können, sich über die Beziehung oder Nichtbeziehung einer Vereinsfahne, welches reine Privatfache des betreffenden Ortsvereins ist, sich aufzuregen, erlauben wir ganz höflich, doch zu veranlassen, daß der Gewerkschaftssekretär F. Saar zunächst die Kosten der Beleidigungsklage bezahlt, die in der Klagefahne unseres Kollegen Hottappel gegen F. diesem auferlegt wurden. Herr Gewerkschaftssekretär F. hatte sich bekanntlich nicht geschert, unsern Kollegen Hottappel in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in der gehässigen Art und Weise zu beleidigen. Er wurde hierfür vom Schöffengericht Auhorst zu 50 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Letztere sind bis heute noch nicht bezahlt. Ein Schrant, der aus diesem Grunde gepfändet wurde, mußte, da derselbe Eigentum des christlichen Verbandes war, auf dessen Einspruch hin wieder freigegeben werden. Um dem Herrn aus der Seitenstraße den Wind aus den Segeln zu nehmen, stellen wir fest: F. hat die Beleidigung nicht als Privatperson, sondern als Angestellter des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes getan. Ist denn der Dalles so groß, daß nicht mal mehr die Kosten einer Beleidigungsklage bezahlt werden können? Oder muß erst der Offenbarungsdienst geleistet werden. Auf Wunsch können wir auch hierin deutlicher werden.

§ Halle a. S. Wir sind erfreut, daß am 4. Juli die Brauervereine von Magdeburg und Gölitz in den Verband der Deutschen Gewerkevereine eintraten. Heute können wir melden, daß auch der Verein der Brauer von Halle am Sonntag, den 11. Juli, einstimmig seinen Anschluß an den Verband der Deutschen Gewerkevereine vollzogen hat. W. Krüger.

§ Magdeburg. Gegen die volksfeindlichen Steuerpläne im Reichstage sprach in einer vom Ortsverbande Magdeburg und Umgebung nach den „Apollosälen“ einberufenen, hart besuchten Versammlung der Vorstände des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine, Carl Goldschmidt, Berlin. Der Vortragende beurteilte in scharfer Weise das Vorgehen der Mehrheit im Reichstage, die alle volksbelastenden Steuern genehmigte, dagegen den Großgrundbesitz und die anderen besitzenden Klassen, die doch gewiß fleißig und fruchtbar seien, vor jeder weiteren Belastung schütze. Redner besprach die einzelnen Steuern. Durch die Einführung einer Reichsvermögens- und Erbschaftsteuer würden diese neuen Belastungen der breiten Massen des Volkes auferlegt werden, und das wäre eine soziale Gerechtigkeit, die der Arbeiter verlangen könne und müsse.

An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine lebhafteste Besprechung, in der namentlich die Haltung der im Reichstage sitzenden Sozialen Arbeiterführer und Angestellten der christlichen Gewerkschaften; die den Interessen der Arbeiterklasse direkt entgegenstehen, scharf beurteilt wurde.

Schließlich nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an: „Die Versammlung ersucht alle volksfreundlichen Abgeordneten des Reichstages, jede Art von indirekten Steuern abzulehnen, so lange nicht durch direkte Besteuerung, und zwar durch eine Reichs-erbschafts- und Reichsvermögenssteuer, der größte Teil des Reichsbedarfs gedeckt ist.“

Quittung über eingelanbte Beträge für die Verbands- und Organfasse pro I. Quartal 1909.

Bauhauarbeiter: Generalrat 161,10. **Fabrik- und Handarbeiter:** Generalrat 1763,62. **Frauen und Mädchen:** Generalrat 114,80. **Graphische Berufe und Maler:** Generalrat 238,16. **Kaufleute:** Generalrat 1437,58. **Maschinenbau und Metallarbeiter:** Generalrat 2009,06. **Berlin I 10,03, Berlin XII 0,83, Eulau 6,50, Gubinnen 2,60, Linden 6,64, Stettin 16,25, Wetter 6,50, Zalenze 1,92. Schiffszimmerer:** Generalrat 97,23. **Schneider:** Generalrat 461,43. **Berlin II 1,30. Schuhmacher und Lederarbeiter:** Generalrat 627,00. **Textilarbeiter:** Generalrat 528,28. **Holzarbeiter:** Generalrat 727,26. **Ansbach 1,30, Berlin 9,08. Töpfer:** Generalrat 203,33. **Gemeindearbeiter:** 84,04. **Eisenbahner:** 49,70. **Selbständige Berufe, Potsdam:** 24,65. **Handelshilfsarbeiter:** 23,98. **Brauer:** Berlin 71,07, Braunschweig 4,34, Dresden 9,72, Spandau 7,42, Stettin 7,80. **Gärtner:** 5,10. **Rezeptionsler:** 10,84. **Stein- und Zementarbeiter:** 112,22. **Privat-Abonnement:** Buchhändler u. Verleger 3,37, Dorn-Rürnberg 3,32, Raabe-Freiberg 0,83, H. Müller-Berlin 3,50, Lohmüller-Neckarjulin 0,65, Freyer-Zeyn 3,50, „Lüdnau“-Gessen 7,00, Jenfer-Brandenburg 5,10, Christlicher Textilarbeiter-Verband 1,60. **Summa:** M. 8871,55. **Verkaufte Drucksachen:** M. 174,65. **Inferate:** M. 183,82.

Quittung über eingelanbte Beträge für die Verbands- und Organfasse pro II. Quartal 1909.

Bauhauarbeiter: Charlottenburg M. 5,70. **Bergarbeiter:** Generalrat 566,40. **Bildhauer:** Generalrat 99,98. **Zigarren- und Tabakarbeiter:** Generalrat 399,04. **Fabrik- und Handarbeiter:** Generalrat 2691,32. **Mannheim 4,90. Frauen und Mädchen:** Generalrat 120,00. **Graphische Berufe und Maler:** 239,20. **Holzarbeiter:** Generalrat 736,92. **Ansbach 1,30. Kaufleute:** Generalrat 1431,25. **Kantinen:** Generalrat 59,22. **Maschinenbau und Metallarbeiter:** Generalrat 6515,56. **Berlin II 19,23, Eulau 6,50, Wetter 6,50. Schiffszimmerer:** Generalrat 90,53. **Schneider:** Generalrat 469,62. **Berlin II 1,30. Schuhmacher und Lederarbeiter:** Generalrat 616,80. **Textilarbeiter:** Generalrat 529,22. **Eisenbahner:** 1,96. **Brauer:** Berlin 71,07, Breslau 17,40, Dessau 7,92, Dresden 3,90, Gölitz 2,04, Stettin 13,00. **Gärtner:** 6,30. **Stein- und Zementarbeiter:** 133,22. **Privat-Abonnement:** Buchhändler u. Verleger 3,37, Dorn-Rürnberg 3,32, Raabe-Freiberg 0,83, Weig-Oberjöhndeneide 5,00, Hoffmann-Göttingen 0,80. **Summa:** M. 14 837,92. **Verkaufte Drucksachen:** M. 218,75. **Inferate:** M. 85,34. **Verbands-Adressenverzeichnisse:** M. 298,50.

Berlin, im Juli 1909.

H. Klein, Verbandskassierer.

Berichtungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (D.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, N.O., Greifswalderstraße 221/223. Im Juli und August fallen die Sitzungen aus. Erste Sitzung nach den Feiertagen Mittwoch, 8. September. — **Gewerkevereins-Vereinstafel (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Übungsstunde im Verbands Hause der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distriktsklub Potsdam.** Jeden Freitag, abends 8 Uhr, Sitzung bei Ribau, Waldstraße 53. — **Fachwissenschaftlicher Distriktsklub Berlin.** Müllerstraße 20. Sitzungen jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V. Potsdam.** 6. Die Versammlung am 17. Juli fällt des Sommerfest wegen aus, dieselbe findet am Montag, 19. Juli, abends 8 Uhr, statt. I.-D.: Protokoll, Mittelungen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Hannover.** 17. Juli, fällt der Zahlabend aus. Dafür Zahlabend Montag, 19. Juli, abends 8-10 Uhr. Kohlenbestellung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Sonnabend, 17. Juli, großes Sommerfest, Brauerei Bogenhofer, Turmstr. 25/26.** Die Versammlung am 17. Juli fällt aus. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.**

Sonnabend, 17. Juli, Sommerfest im Müllental, Bahnhofsstr. 35/36. Montag Abend, 19. Juli, Zahlabend von 8-10 Uhr, Stettinestr. 50.

Leipzig. Deutsche Handelskassierer-Vereinsung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“, Lindenau, Bürgersstraße, statt.

Orts- und Bezirksverbände.

Nagden (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 Uhr, Distriktsabend bei Leichter, Ecke Hansmannsplatz und Jülichstraße. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Orts-, in Härtmanns Hotel, Boelker-, Distriktsabende. (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 Uhr im Sanderstraße 28. — **Hagen a. M. (Distriktsklub).** Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraße 11. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Bater Kolping“, Uferstraße. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Jansen, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. — **Walsheim-Ruhr (Distriktsklub).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlin-erstr. 120. — **Leipzig (Gewerkevereins-Vereinstafel).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und nimmgebote Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißfels a. S. (Sängersabteilung der Gewerkevereine).** Übungsstunden jeden Dienstag, abends 8 1/2-11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangsliebende Gewerkevereinskollegen stets willkommen. — **Ferlosch (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhrstr. — **Worbe a. M. (Verband (Distriktsklub)).** Sonntag, 18. Juli, nachm. 5 Uhr, Ausgehstunde beim Wirt Schröder in Hospitzal. — **Pippstadt (Distriktsklub).** Sonntag, 25. Juli, nachm. 3 1/2 Uhr, Verbandsversammlung in Pippstadt. Tagesordnung dahelfst.

Änderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Ansbach. Hans Sundermann, Verbandsvorsitzender, Kronenstr. 11.
Erfurt (Distriktsklub). Ernst Päsler, Schriftführer, Krämerbrücke 19 II.
Merseburg (Distriktsklub). R. Kagemann, Schriftführer, Gartenstr. 1.
Commerfeld-Gassen (Distriktsklub). Hugo Schulz, Vorsitzender, Sommerfeld (Kaufst.), Eichbergstr. 816.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Auslieferung erfolgt nicht.
Erklärungen zum Sozialen Programm des Gesamtverbandes ev. Arbeitervereine Deutschlands. Von Otto Knebel, Arbeiter-Sekretär, Ulfersfeld.
Das Ziel im sozialdemokratischen Programm und die Gewerkschaftsbewegung. Von G. Liebig.
Der Kampf um die Weltanschauung in der Gegenwart. Von Dr. J. G. Corbes.
Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. 31. Jahrgang, enthaltend die Statistik der Jahre 1906 und 1907 (zum Teil auch 1908). Im Auftrage des Magistrats herausgegeben von Prof. Dr. G. Silbergleit, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin. Druck und Verlag von F. Stanfiewicz' Buchdruckerei.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Bereinigete Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlins und Umgegend.

Sonnabend, den 17. Juli, in der Neuen Welt, Hofenstraße 108-114.

Großes Sommerfest.

Künstler-Varieté, Spezialitätenvorstellung, Brillant-Festspiel, Kinderbelustigungen.

Nach der Vorstellung: Or. Sommerfestball im großen Saal. Aufseherführung 1 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr.

Die Kaffeefache wird um 2 Uhr geöffnet.

Billets à 30 Pfg. sind bei den Kassierern der Ortsvereine aller Gewerkevereine Berlins und Umgegend, bei dem Kassierer der Kombinationen, Kollegen Pfeiffer, O. 34, Zorndorferstr. 59, u. IV, und am Tage des Festes an der Kasse zu haben.

Bei ungünstiger Witterung findet das Fest in dem 4500 Personen fassenden großen Saal statt. Es ladet freundlich ein.

Der Vorstand.

Magdeburg (Bauhauarbeiter), Krenzsch. (Ortsverb.), Durchstr. 76 Pfennig bei E. Schöber, Aufseherstraße 2/3 II.

Wesselsch. (Ortsverb.), Durchstr. 76 Pfennig bei E. Schöber, Aufseherstraße 2/3 II.

Commerfeld-Gassen. Durchreisende Arbeitslose erhalten das Ortsverbandsgeld im Betrage von 75 Pfg. beim Kol. Gustav Stiller, Sommerfeld, Büdnerstr. 61a.

Potsdam (Ortsverb.) Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeld bei den Ortsvereinskassierern od. h. Christ. Dankert, Junkerstr. 8.

Hannover und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen aller Berufe erhalten Nachquartier und Verpflegungsgeld hierzu bei Karl Hebel, Heinenstraße 32 A I.

Posen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstüfung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei Friedrich Ehrlich, Erdbeerstr. 20.

Stralsund (Ortsverb.). Herd zur Heimat, Bleichstraße. Karten bei E. Sulowski, Badenstr. 20.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die

Frauen-Beirätnisfasse

des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Eintrittsgeld 25 Pfg. • Aufnahme vom 15. bis 15. Jahre. Bestehendes Beirätnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beiträtsalters 3 bis 9 Pfg.

Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.

Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau:
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22.